

## wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Botschaft von Figen Yükseskağ:

### Wir Frauen werden siegen!

Die Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Figen Yükseskağ, sandte eine Botschaft an den obersten Frauenrat des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK), welcher am Samstag eine Versammlung in Ankara abhielt. Sie schreibt in ihrer Botschaft: „Frauen sind die Kraft und die Konstrukteurinnen eines neuen Lebens. Wir werden die Solidarität unter uns Frauen niemals aufgeben, sondern mit einem Lächeln Widerstand lei-

sten. Wir Frauen werden siegen.“

Am Samstag hielt der Demokratische Kongress der Völker (HDK) die 7. Versammlung des obersten Frauenrates in Ankara ab. Die Botschaft der HDP-Kovorsitzenden lautet wie folgt:

„Es ist offensichtlich was der Palast (Sitz von Erdoğan; A.d.Ü.) meint, wenn er von einer neuen Türkei spricht: eine neue Diktatur! Aber bevor das geschieht, müssen sie zuerst den Willen und den Widerstand der Frauen bre-

chen. Das wissen sie sehr genau. Wir als Frauen werden dies jedoch nicht zulassen. Frauen sind die Kraft und die Konstrukteurinnen eines neuen Lebens. Wir erschaffen diese Kraft in den Straßen, Fabriken, Gefängnissen, im Parlament, überall und wir werden ein neues Leben weiter aufbauen. Wir werden die Solidarität unter uns Frauen niemals aufgeben, sondern mit einem Lächeln Widerstand leisten. Wir Frauen werden siegen.“

(JINHA, 12.11., ISKU)

### Türkei: 370 Vereine und NGOs verboten

Das Innenministerium der Türkei gab am 11. November bekannt, dass 370 Nichtregierungsorganisationen (NGO) geschlossen werden. Im Rahmen des Artikel 11 des Ausnahmezustandsgesetzes wurden 153 Vereine die der Fethullah Gülen Bewegung nahe stehen sollen, 190 Vereine mit der Begründung das sie der PKK/KCK nahestehen, 19 Vereine in Zusammenhang mit der DHKP-C und 8 Vereine, die dem IS zugerechnet werden geschlossen.

Betroffen sind Vereine wie das Mezopotamische Kulturzentrum in Mersin (MKM), der Rojava-Hilfsverein, der Verein der

Demokratischen Studierenden der Universität Çukurova in Adana oder auch die Zweigstelle des Solidaritäts- und Unterstützungsvereins für Menschen die Angehörige verloren haben (MEYADER) in Elîh (Batman). In Istanbul wurden seit dem 11. November der Anwaltsverein Özgürlükçü Hukukçular Derneği (ÖHD), Kadıköy Barış Derneği (Kadıköy Friedensverein), TAYAD, GÖÇ-DER, İktelli Özgürlükler Derneği, Seyri Mesel Sanat Atölyesi, TUAD, Gökkuşu Kadın Derneği, Sarıgazi Halklar Derneği, Demokratik Halklar Derneği, Med Kültür Merkezi. In Bursa der

Frauenverein Panayır Kadın Dayanışma Derneği. In Ankara ebenfalls Özgürlükçü Hukukçular Derneği (ÖHD) geschlossen.

In Amed (Diyarbakır) wurde die Zentrale des Vereins der freien Frauen (KJA) geschlossen. Ebenso wurden der Mesopotamische Anwaltsverein (MHD), der Rojava-Hilfsverein, der Kurdische Schriftsteller Verein (KYD), der Verein zur Unterstützung von Flüchtlingen (GÖÇ-DER), MEYA-DER (Solidaritäts- und Unterstützungsvereins für Menschen die Angehörige verloren haben), der Hilfsverein Sarmaşık und das Dicle Firat Kultur Zentrum. (ANF, 12.11.2016)

### Manbij, Al Bab und Raqqa: Wie weiter?

Am 17.11. erklärten die YPG/J offiziell, dass sie sich aus Manbij zurückgezogen haben. Die Stadt war im August 2016 durch die SDF unter großen Opfern vom Islamischen Staat befreit worden. Er war nötig, um die Situation zu deeskalieren und auch Behauptungen entgegenzutreten, die kurdischen YPG/J besetzten arabische Städte. Die Kräfte wurden Richtung Ayn Issa zurückgezogen, wo sie die Raqqa Front verstärken. Ein Sprecher der US-Streitkräfte bestätigte den Abzug der YPG und YPJ. Adnan Abu Amjad, Sprecher des Militärrates von Manbij dankte den YPJ- und YPG-Einheiten. Man habe nun genügend eigene Kräfte an der Militärschule Abu Leyla ausgebildet, um die Stadt zu verteidigen. Manbij wird jetzt von einem multiethnischen Rat als Teil der Shahba-Region innerhalb des de facto autonomen Gebietes Nord-Syrien verwaltet.

Durch den Rückzug fällt die wichtigste Begründung für einen

von der Türkei geplanten Angriff auf Manbij weg. Erdoğan hatte immer wieder erklärt, er werde ein zusammenhängendes kurdisches Gebiet im Norden von Syrien nicht akzeptieren, sondern mit seinen Proxies Manbij angreifen, sollten die YPG/YPJ dort bleiben. Offensichtlich war der Rückzug notwendig, damit die USA den diplomatischen Drahtseilakt zwischen der Türkei und den SDF weiter ausbalancieren können.

#### Islamistisches Bündnis unter der Rigide der Türkei

Am 24.8. war die Türkei gemeinsam mit den überwiegend jihadistischen Gruppen, die unter dem Namen „FSA“ agieren, mit der Operation „Euphrat Schild“ in die Region Shahba eingedrungen. Offizieller Anlass war ein Selbstmordanschlag in Antep am 20. August mit 54 Toten. Die Kräfte, die an dem Einmarsch teilnahmen, sind die Sultan Murad Division (Syrische Turkmenenbriga-

den, die enge Verbindungen zur MHP haben), die Levante Front (al-Jabha al-Shamiya), ein Bündnis sunnitisch-salafistischer Gruppen, die radikal-salafistische Ahrar al-Sham, die von Saudi Arabien unterstützte jihadistische Nour al-Din al-Zenki Bewegung und weitere überwiegend jihadistische Gruppen. Zunächst wurde am 25.8. die Stadt Jarabulus, der wichtigste Grenzübergang zwischen der Türkei und Nordsyrien, von der türkischen Armee und ihren Proxies eingenommen, ohne dass ein Schuss fiel. In der Folge nahm die Türkei das gesamte Grenzgebiet in dem Korridor ein und begann auch die von den SDF bereits befreiten Gebiete anzugreifen, was die USA jedoch offenbar verhinderten. Besonders wegen der Teilnahme von Ahrar al-Sham, die enge Verbindungen zum Terrornetzwerk al Qaida pflegt, lehnten die USA die von der Türkei gewollte Teilnahme von US-Spezialkräften zur Koordinierung der Luftangriffe ab.

#### Meldungen:

#### Med Nuçe und Newroz TV setzen sich gegen Türkei und Eutelsat durch

Ein Pariser Gericht hat in dieser Woche im Sinne der kurdischen Fernsehsender Med Nuçe und Newroz TV geurteilt und den Stop der Ausstrahlung durch den Satellitenbetreiber Eutelsat für unrechtmäßig erklärt. Der Anwalt von Med Nuçe nannte das Urteil einen großen Sieg im Sinne der Pressefreiheit.

Eutelsat hatte auf Druck der Türkei die Ausstrahlung der Sender unterbunden. Das Gericht stellte nun fest, dass weder ein Satellitenbetreiber noch die türkische Medienaufsicht das Recht hätten, über die Ausstrahlung von TV-Sendern in Europa zu entscheiden. Dies obliegt den lokalen Aufsichtsbehörden, in diesem Fall der belgischen. Auch konnte das Gericht für die türkischen Vorwürfe der „Terrorismuspropaganda“ keine Beweise finden. Eutelsat wurde nun dazu verurteilt, die Ausstrahlung der Fernsehsender unverzüglich wieder aufzunehmen. Für jeden Tag Verzögerung wird eine Strafzahlung von 10.000 € fällig.

(ANF, 18.11., ISKU)

#### Şirnex: Wohin soll die Bevölkerung zurückkehren?

In Şirnex (Şırnak) wurde die Ausgangssperre nun beschränkt. Statt 24 Stunden gilt sie seit Montag nur noch Nachts. Ob das in allen Stadtteilen der Fall sein wird, ist noch nicht ganz ersichtlich. Für die Rückkehr in die Viertel wurden für die Stadtteile jeweils bestimmte Wochentage freigegeben.

Aber viel ist von Şirnex nicht übrig, wohin die Bevölkerung zurückkehren könnte. Ganze Straßenzweigen, Häuserblocks sind verschwunden und dem Erdboden gleich gemacht worden, von einigen Stadtteilen sind nur noch einige Gebäude vorhanden und die Abrissarbeiten des türkischen Regimes dauern weiter an. Acht Stadtteile – Yeşilyurt, Gazipaşa, İsmetpaşa, Cumhuriyet, Aydınlıkevler, Dicle, Bahçelievler und Yeni Mahalle – sind vollständig ausgelöscht worden, darunter auch Viertel, in denen es während der Militäroperation keine Auseinandersetzungen gab.

Die Türkei erlebt eine ihrer dunkelsten Zeiten. Es ist an der Zeit, dass die Menschen im Westen der Türkei das Leid im Osten des Landes wahrnehmen. Nur dann wird es in der Türkei eine Zukunft ohne Diktatur und Faschismus geben können

(ANF, 14.11., ISKU)

# AKP-Politiker ruft zur Ermordung von politischen Gefangenen auf

Am Sonntag rief Hüseyin Kocabiyik, AKP Abgeordneter für Izmir und Mitglied der Verteidigungskommission des türkischen Parlaments, die türkische Bevölkerung via Twitter dazu auf, im Fall eines Anschlags auf ein Regierungsmitglied die Gefängnisse zu stürmen und alle inhaftierten PKK- und Gülenanhänger zu erhängen. Wörtlich schrieb er: „Im Falle eines Attentats auf einen Staatsoberen wird das Volk die Gefängnisse durchkämmen und alle Gülenisten und PKKler unter den Gefangenen aufhängen. Das ist, worüber die Leute sprechen.“

Spätestens jetzt, nachdem er diese Idee öffentlich äußerte, werden die Leute darüber sprechen. Der Zeitpunkt für diesen Tweet könnte gut gewählt sein,

da erst vor wenigen Tagen die gesamte Führungsriege der Oppositionspartei HDP verhaftet und inhaftiert wurde.

Zukünftige Anschläge in Richtung Regierungsmitglieder – unabhängig davon, ob missglückt, gelungen oder von der Regierung inszeniert, wie auch der Putsch im Juli diesen Jahres – stellen nach diesem Tweet ein Aufruf an den Mob dar, zu morden und zu brandschatzen, ohne mit Bestrafung rechnen zu müssen. Beim Putsch im Juli wurden etliche vermeintliche oder tatsächliche Putschisten von dem aufgeheizten Mob angegriffen, der mit Messer, Macheten, Äxten und Pistolen bewaffnet, auf die Straße ging und u.a. einen 20-jährigen Soldaten köpfte.

Mit diesem Tweet könnten die Provokationen seitens der Erdogan-Regierung eine neue Eskalationsstufe erreichen, denn sie taugen dazu, einen Bürgerkrieg anzuzetteln. Faktisch klingt es wie ein Aufruf an die islamistisch-konservativen Erdogan-Anhänger, alle tatsächlichen oder mutmaßlichen Gegner und insbesondere Kurden zu lynchen, zumal jeder Kurde unter dem Generalverdacht der PKK-Anhängerschaft steht.

Auf diese Weise wären nicht einmal mehr die strikt regierungsfreundlichen Gerichte mit anders als Erdogan Denkenden befasst; die Lynchjustiz durch einen aufgepeitschten, Erdogan ergebenen Mob, wird somit staatlich legitimiert.

(CA, 17.11., ISKU)

## → Manbij, Al Bab und Raqqa...

Schon Mitte November hat sich die Obama Regierung endlich dazu durchgerungen, gegen die al-Nusra, die sich jetzt Jabhat Fatah al-Sham nennt, vorzugehen, eventuell in direkter Kooperation mit Moskau. Trump hatte dies im Vorfeld der Wahlen immer wieder zur Maxime seiner Außenpolitik gemacht.

### Deutschland unterstützt Operation „Euphrat Schild“

Die deutsche Bundesregierung jedoch erklärte am 24. August ihre „Unterstützung“ für die Euphrat Schild-Offensive, ebenso Frankreich. Diese beiden Staaten stehen also auf der Seite islamistischer Banden, die sich in nichts von dem Islamischen Staat unterscheiden, sowie der türkischen Armee. Nach der Aufklärung, u.a. durch deutsche AWACS, bombardiert die türkische Luftwaffe kurdische Dörfer in der Region, unter dem Vorwand, den IS zu bekämpfen. Die türkische Armee bombardierte auch mehrmals Dörfer und Städte, die die SDF schon befreit hatten, wie zum Beispiel am 15.11. die Stadt Till Rifaat. Die US-Armee erklärte am 16.11. erneut, die Koalition unterstütze die Euphrat Schild Operation nicht, es sei eine eigenmächtige Operation der Türkei. Zehntausende Menschen, überwiegend KurdInnen, mussten aus der Region Shahba, dem Korridor zwischen den Kantonen Afrin und Kobani, nach Afrin fliehen. Allein in den letzten Tagen waren es nach Bombardements der türkischen Armee auf die kurdischen Kleinstadt Qabasin rund 5000 Menschen. Nach Ansicht der SDF handelt es sich um gezielte Vertreibung von KurdInnen.

In den letzten Wochen sind die Proxies der türkischen Armee bis kurz vor Al Bab vorgedrungen. Erst in den letzten drei Tagen konnten auch die SDF ihre Kräfte

von zwei Seiten weiter in Richtung al Bab voranbringen. Zwischen beiden Kräften kam es zu heftigen Gefechten. Am 16. und 17.11 konnten die SDF neun Dörfer befreien, u.a. das Dorf Kandirliyah. Nun trennen die beiden Kantone nur noch 12 km. Auch die Armee von Assad macht sich offensichtlich bereit, in das Geschehen einzugreifen. Das Abkommen zwischen Assad und der Erdoğan, das beinhaltet, dass die Türkei ihre Al Qaida Proxies aus Aleppo abzieht und Assad dafür stillhält, wenn die Türkei in Shahba einmarschiert, scheint nun hinfällig zu sein, da sich die türkische Seite nicht an das Abkommen gehalten hat.

### Die Raqqa Operation – Der Zorn des Euphrats

Die am 5. November von den SDF mit Luftunterstützung der Koalition begonnene Befreiungsoperation auf die Stadt Raqqa kommt sehr gut voran. Am 17.11. wurde in einer Erklärung über ANHA eine erste Bilanz gezogen. Demnach haben die SDF Einheiten in der „Zorn des Euphrat“ genannten Aktion 6, an der 30.000 KämpferInnen der SDF teilnehmen, 550 km<sup>2</sup> von Daesh befreit, darunter 34 Dörfer, 31 Weiler und zahlreiche Hügel (sogenannte Tells), die in der flachen Landschaft von strategischer Bedeutung sind. 167 Daesh Kämpfer wurden getötet. 12 mit Sprengstoff beladene Autos konnten unschädlich gemacht werden, 240 Minen wurden entschärft.

Auf einer Pressekonferenz im Dorf Hisha erklärten die SprecherInnen Jiyān Sheik Ahmad, Rojda Felat, Kīno Gabriel von den MFS7, der Kommandeur der Al Sanadid Forces, Bander Hambilde Al-Hadi sowie der Sprecher der SDF Talal Silo, dass die Stadt seit Jahren unter dem Joch von

Daesh zu leiden musste, während die Weltgemeinschaft geschwiegen habe. Die Al Sanadid, Milizen des Şammar Stammes, waren erst vor wenigen Tagen dem Militärbündnis zur Befreiung von Raqqa beigetreten. Man plane jetzt zunächst die ländliche Umgebung von Raqqa zu befreien und Raqqa damit von seinem Umland zu isolieren. Vier KämpferInnen der SDF seien bisher verwundet worden. Am 17.11. wurde das Dorf Tulth Khiniz befreit, 28 km westlich von Qanteri. Die SDF sind nur noch 26 km von Raqqa entfernt.

Nach wie vor ist es unklar, wie sich der neu gewählte Präsident Donald Trump nach seinem Amtsantritt am 20. Januar in dem Konflikt zwischen der Türkei und den SDF positionieren wird. Nach seinen bisherigen Aussagen sieht es so aus, als ob er in Absprache mit Russland die Bekämpfung von Daesh, Al Qaida etc. verstärkt. Damit müsste er sich aber zum einen gegen die CIA stellen und würde zum anderen Assad und den iranischen Einfluss stärken. Es wäre eine naheliegende Möglichkeit, gegen Letzteres Rojava als Gegengewicht zu unterstützen, Trump könnte dafür aber genauso auch auf die Türkei setzen. Es wird viel davon abhängen, wie sich die Kräfteverhältnisse vor Ort bis zum Amtsantritt am 20. Januar entwickeln, insbesondere in Raqqa und Aleppo/Al-Bab. Daher sind alle Kräfte nun bemüht, die Situation zu ihren Gunsten zu verschieben. Europa, uneins und gespalten, ist weit davon entfernt Einfluss zu nehmen. Deutschland und Frankreich haben sich jedenfalls nicht auf die Seite der Demokratie und des Friedens gestellt, sondern sind nach wie vor Steigbügelhalter für den Diktator und Kriegsherren Erdoğan.

(CA, 18.11., ISKU)

### Nisēbin: Stacheldraht eingeholt

In Nisēbin (Nusaybin) dauert seit 8 Monaten in 6 Stadtteilen die Ausgangssperre an. Lange Zeit stand die Frage warum im Raum, war die Militäroperation des türkischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung in Nisēbin offiziell schon lange für beendet erklärt worden. Die 6 Stadtteile, die 24 Stunden am Tag ununterbrochen unter Ausgangssperre stehen, waren mit Stacheldraht und Absperrungen vom Rest der Stadt getrennt. Jetzt wurde der Stacheldraht um die als Kanika bekannten Stadtviertel Zeynelabidin und Kışla aufgerollt. Waren in beiden Vierteln zuvor hunderte an Gebäuden zu finden herrscht nun nur noch gähnende Leere. Der Staat hat ganze Arbeit geleistet.

(ANF, 13.11., ISKU)

### Schwedische Fluggesellschaft stoppt Charterflüge in die Türkei

Die Fluggesellschaft Dalaflyget hat ihre Charterflüge von Schweden in die Türkei eingestellt. Dalaflyget flog jahrelang erfolgreich die Türkei an, es war die letzten 10 Jahre eines der meist angeflogenen Länder. Wegen der unübersichtlichen Lage in der Türkei habe man sich jetzt entschlossen die Charterflüge einzustellen, erklärte Stefan Carlson, Marketingchef der Fluggesellschaft Dalaflyget. Dieses gelte auch für das kommende Jahr.

(ANF, 13.11., ISKU)

### Co-Bürgermeister von Wan festgenommen

Die AKP setzt ihre Politik fort, demokratisch gewählte VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung einzusperrn und gegen regierungstreue Marionetten auszutauschen. Am Donnerstag traf es Bekir Kaya, den Co-Bürgermeister von Wan, gleichzeitig wurden Razzien in der ganzen Stadt durchgeführt und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, die dagegen protestierten, von der Polizei angegriffen.

(ANF, 17.11., ISKU)

### Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org)

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)